

# Windkraft mit der Brechstange – Wie der Planungsverband Donau-Wald Demokratie, Bürgerrechte und gesunden Menschenverstand ignoriert



Die Energiewende braucht Akzeptanz – und keine Planungswillkür im Hinterzimmer. Doch genau diese scheint der **Regionale Planungsverband Donau-Wald** mit erschreckender Offenheit zu praktizieren. Unter dem Deckmantel angeblicher Zeitnot wird hier nicht nur planungsrechtlich übergriffig agiert – sondern offensichtlich **bewusst gegen geltende Maßstäbe, Anwohnerinteressen und eigene Zielvorgaben verstoßen**. Der Fall

**Franken-Neuhofen** ist ein beispielloses Dokument politischen Versagens – oder politischer Absicht.

## **Informiert, gewarnt – und bewusst ignoriert**

Am **10. Juli 2025** wurde dem gesamten Planungsverband die dramatische Situation in Franken-Neuhofen detailliert dargelegt: Eine **regelrechte Umzingelung durch Windkraftprojekte**, wie sie in Bayern ihresgleichen sucht. Die Gemeinde steht bereits heute unter massiver Vorbelastung – ökologisch, gesundheitlich, sozial.

Doch das Gremium reagierte nicht mit Verantwortung, sondern mit Ignoranz. Ein **Änderungsantrag** der Mitglieder **Mangold und Gold**, der die völlig überzogene Flächenausweisung zumindest korrigieren wollte, wurde **lapidar abgebügelt** – mit gerade einmal zwei Stimmen Zustimmung. Demokratische Teilhabe? Zweitrangig.

## **Die offizielle Ausrede: „Wir sind zu spät dran“**

Die Begründung für das planungswidrige Durchregieren ist ebenso durchschaubar wie entlarvend: Laut **Laumer, Seissler und Lichtinger** sei man „schon so spät dran“, dass nun möglichst schnell möglichst viele Flächen ausgewiesen werden müssten.

Doch was daraus folgt, ist ein regelrechter **Wortbruch am Gesetz**: Anstatt sich an das bis **31.12.2026 geltende Ziel von 1,1 % Windvorrangfläche** zu halten – wie es das neue Wind-an-Land-Gesetz vorsieht – setzt der Verband **gleich auf 1,8 %**, also die Quote, die **erst ab 2032** verbindlich wird.

**Was ist das für ein Verständnis von gesetzlicher Planung?** Hier wird nicht geplant, hier wird **gezockt mit Bürgern, Eigentum und Lebensqualität**.

## **Pikant: Die Flächen sind längst mit einem Investor „besprochen“**

Besonders brisant: Laut Hr. **Seissler** ist die Fläche bei Franken-Neuhofen bereits **mit dem Investor Hermann besprochen worden**. Diese Aussage ist ein offenes Eingeständnis dessen, was viele Bürger lange vermutet haben: **Die Entscheidungen werden längst hinter verschlossenen Türen getroffen – noch bevor überhaupt Planverfahren abgeschlossen sind.**

Was bedeutet das im Klartext?

Dass der Planungsverband offenbar **keine unabhängige, gemeinwohlorientierte Entscheidung treffen kann**, weil man sich **durch inoffizielle Investorengespräche politisch erpressbar gemacht hat**. Demokratie adé – willkommen im Klüngelclub.

## **Willkür beim Planungsziel: Wenn etwas nicht passt, wird es einfach gestrichen**

Der Tiefpunkt ist jedoch die systematische **Manipulation der Planungsziele**. Hr. **Schmauß**, beauftragt mit der Erarbeitung der Windvorrangflächen, hat in seinem aktuellen Entwurf **die Vermeidung von Überlastungen vollständig gestrichen** – obwohl genau dieses Ziel in früheren Entwürfen noch zentral war.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: **Ein Gebiet wie Franken-Neuhofen – objektiv völlig überlastet – würde mit einer solchen Vorgabe automatisch aus der Planung fallen**. Also wird die Vorgabe einfach getilgt.

Dass am Ende **Ronny Reith** mit viel Einsatz wenigstens einen „Appell zur Prüfung von Überlastung“ in die Präambel retten konnte, ist ein schwacher Trost. Ein Appell ersetzt **keine rechtlich bindende Schutzklausel**.

---

# Was hier passiert, ist institutioneller Kontrollverlust

Die Geschehnisse im Planungsverband Donau-Wald zeigen in aller Deutlichkeit, wie leicht sich demokratische Strukturen in der Raumplanung unterwandern lassen, wenn Kontrolle, Transparenz und Rückgrat fehlen:

- **Rechtsstaatliche Fristen** werden instrumentalisiert, um überzogene Maßnahmen durchzudrücken.
- **Investoreneinfluss** wird nicht nur geduldet, sondern in der Planung berücksichtigt.
- **Bürgerinteressen und Gemeindevorteile** werden ignoriert oder bewusst ausgehebelt.
- **Planungsziele** werden verändert, um unliebsame Tatsachen zu umgehen.

Das ist **kein Planungsversagen** – das ist **ein Planungsskandal**.

---

## Forderung: Sofortige Überprüfung durch übergeordnete Stellen

Es ist höchste Zeit, dass hier nicht länger auf lokaler Ebene gemauschelt wird. Was in Donau-Wald geschieht, muss **sofort durch unabhängige Stellen überprüft werden** – sei es durch das **Bayerische Innenministerium, die Raumordnungsbehörde oder parlamentarische Kontrollinstanzen**.

Denn wenn Planungsverbände zu Erfüllungsgehilfen von Investoren verkommen, hat das mit demokratischer Energiewende nichts mehr zu tun. Dann bleibt von Bürgerbeteiligung nur noch ein Feigenblatt.

---

# Millionengrab im Bayerischen Wäldern: Wie der Mega-Windpark Natur und Steuerzahler ruiniert



## Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen

Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

## **Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende**

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO<sub>2</sub>-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

## **Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit**

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die

Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

## **Beton, Kosten, Folgeschäden**

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für Generationen.

## **Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem**

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abgeregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

## **Wald-Windkraft ist politisch umstritten**

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

## **Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird**

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

## **Lokaler Widerstand formiert sich**

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– Simon Berleb von der [Bürgerinitiative EjUn](#)

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– Martin Promesberger von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

## **Die nackten Zahlen am Ende:**

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

## **Schlusswort & Handlungsaufruf**

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt

Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

## Quellen & Belege

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

[https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24\\_Windenergieanlagen\\_im\\_Wald.pdf](https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf)

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

[https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse\\_Regionale-Steuerungsinstrumente\\_Juni2022.pdf](https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf)

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ( $\approx 0,5$  ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

[https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse\\_Regionale-Steuerungsinstrumente\\_Juni2022.pdf](https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf)

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

[https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie\\_in\\_Ober%C3%B6sterreich](https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich)